Wehrhafte Demokratie sichern -Verbotsverfahren gegen AfD einleiten



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Achim Jooß (Ortenau KV)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- Die AfD ist im Kern eine rechtsextreme und antidemokratische Partei. Die Spaltungen der
- letzten Jahre haben die AfD zudem immer weiter in die rechtsextreme Richtung verschoben.
- Leute, wie Andreas Kalbitz, die ganz offen bei Neonaziaufmärschen mitmarschiert sind, nehmen
- immer mehr Führungspositionen ein. Eine wehrhafte Demokratie muss nicht dulden, dass
- 5 Verfassungsfeinde versuchen, die Demokratie von innen zu zerstören. Deswegen haben die
- 6 Verfassungsväter und -mütter in Art 21 (2) GG vorgesehen, dass "Parteien, die nach ihren
- Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche
- 8 demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der
- 9 Bundesrepublik Deutschland zu gefährden," als verfassungswidrig verboten werden können.
- Bündnis 90/Die Grünen werden sich dafür einsetzen, gegen die AfD gemäß Art. 21 (2) GG ein
- Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten.
- Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung verschiedene Kriterien
- aufgestellt, die für ein Perteiverbot erforderlich sind:
- 14 Eine Partei muss agressiv kämpferisch gegen die bestehende freiheitlich demokratische
- 15 Grundordnung vorgehen. Das Bundesverfassungsgericht definiert den Begriff wie folgt:
- ₁₆ "Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 GG
- umfasst nur jene zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat
- 18 schlechthin unentbehrlich sind.
- 19 a) Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Würde des
- Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere die Wahrung
- personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit.
- b) Ferner ist das Demokratieprinzip konstitutiver Bestandteil der freiheitlichen
- demokratischen Grundordnung. Unverzichtbar für ein demokratisches System sind die
- 24 Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der
- 25 politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk
- 26 (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG).
- 27 c) Für den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind schließlich die im
- Rechtsstaatsprinzip wurzelnde Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und
- 29 die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte bestimmend. Zugleich erfordert die
- 30 verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer
- 31 Gewalt den gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen
- 32 vorbehalten ist."

- 33 (BVerfGE 144, 20-367 (Ls. 3))
- Alle diese Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung lehnt die AfD ab und geht
- 35 durch ihr parlamantarisches Handeln in Anträgen und Anfragen sowie durch ihre
- 36 außerparlamentarischen Handlungen wie bei Aufmärschen und Äußerungen der Anhänger*innen
- 37 aggressiv kämpferisch dagenen vor.
- a) die AfD fällt in ihren parlamentarischen Anfragen immer wieder damit auf, Daten von
- 39 Minderheiten erheben und sammeln zu wollen, wie beispielweise von LGBTIQ-Menschen in
- 40 Thüringen oder von nicht deutschen Mitarbeiter*innen in den baden-württembergischen
- Kulturbetieben. Die menschenverachtende Sprache vieler Mitglieder gleicht der Sprache des
- 42 NS-Terrors. Beispielsweise werden Ausländer*innen als "Parasiten" bezeichnet
- 43 (https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/rechte-vor-einzug-in-den-bundestag-so-extrem-
- <u>sind-die-kandidaten-der-afd/20350578.html</u>) und ihnen damit die Menschenwürde abgesprochen.
- 45 b) Die gleichbereichtigte Teilnahme aller Bürger*innen am Prozess der Willensbildung
- unterläuft die AfD zum Beispiel durch ihr dubioses Finanzgebahren und die Annahme verdeckter
- 47 Spenden z.B. über die Schweiz und mit Hilfe des Spendenwaschvereins "zur Erhaltung der
- 48 Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten". Die Rückbindung der Ausübung der
- 49 Staatsgewalt an das Volk ist nur mit einer Polizei und einer Bundeswehr möglich, die der
- 50 Rechts- und Fachaufsicht einer gewählten Regierung unterliegt. Die AfD verfolgt in ihren
- Forderungen eine entgegengesetzte Praxis, indem sie zum Beispiel fordert, Sportschütz*innen
- als Hilfspolizist*innen einzusetzen, geht dies in die Richtung einer nicht demokratisch
- 53 kontrollierbaren Bürgerwehr. Uwe Junge geht sogar so weit, in einem Tweet
- (https://twitter.com/Uwe_Junge_MdL/status/1151374857294286848) "einen Aufstand der Generale
- 55 [sic!]" zu fordern. Damit stellt Junge zumindest das Primat der Politik über die Bundeswehr
- in Frage und fordert unterschwellig einen Militärputsch der Bundeswehr. Viele Anhänger*innen
- 57 der AfD haben sich über die grausame Ermordung Walther Lübckes offen gefreut und drohen
- offen Politiker*innen und Journalist*innen wie Angela Merkel oder Georg Restle. Selbst der
- 59 Wahlausschuss in Sachsen konnte nach seiner Entscheidung wegen formaler Mängel nur einen
- Teil der AfD-Landesliste zuzulassen nur noch unter Polizeischutz tagen. Dieses Verhalten
- bedroht grundlegend die Arbeit demokratischer Organe.
- c) Gerade im Asylrecht stellt die AfD immer wieder die Gewaltenteilung, die Möglichkeit
- 63 einer gerichtlicher Überprüfung von negativen Asylbescheiden und damit einen wesentlichen
- 64 Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips öffentlich in Frage. Durch die Forderung nach
- Bürgerwehren und Hilfspolizeibefugnisse wird auch das staatliche Gewaltmonopol in Frage
- 66 gestellt. Aussagen wie vom Europoabgeordneten Maximilian Krah, der sich "den Weg frei
- 67 schießen" (Quelle: https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/AfD-visiert-in-Sachsen-30-
- <u>plus-x-an-Urban-Wir-wollen-regieren)</u> will, zeigen, dass die AfD auch vor tatsächlicher
- 69 Gewalt nicht zurückschreckt. Weitere Beispiele, die aggressiv kämpferischeres Verhalten
- 70 belegen, sind das demonstrative Sitzenbleiben des bayerischen Landtagsabgeordnerten Müller
- 71 bei der Gedenkminute für Walter Lübcke, das als Billigung von Gewalt gesehen werden kann
- 72 sowie für die Ablehnung des Parlamentarismus die Missachtung des Auschlusses von der

Sitzung

- durch den baden-württemberigeschen Landtagsabgeordneten Räpple.
- 74 Im Ergebnis ist die AfD der parlamentarische Arm eines rechtsextremen und
- 75 rechtsterroristischen Netzwerks. Daher hat die AfD auch die für ein Parteiverbot
- erforderliche Relevanz, die das Bundesverfassungsgericht in seiner letzten Entscheidung im
- zweiten NPD-Verbotsverfahren gefordert hat, damit ein Parteiverbot verhältnismäßig ist.
- 78 Diese Relevanz zeigt sich auch darin, dass in jedem Parlament, in dem die AfD eingezogen
- ist, Provokationen und Grenzverschiebeungen an der Tagesordnung sind. Auch innerparteilich
- 80 ist die notwendige Relevanz der Verfassungsfeinde in der AfD gegeben.
- 81 Bündnis 90/Die Grünen halten die Kriterien, die das Bundesverfassungsgericht für ein
- Parteiverbot aufgestellt hat, im Falle der AfD, wie oben dargelegt wurde, für erfüllt. Zur
- 83 Absicherung streben wir vor der Einleitung des Verbotsverfahrens die Einholung von
- umfassenderen Rechtsgutachten durch die gemäß Art 43 (1) BverfgG antragsberechtigten Gremien
- 85 (Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung) an.
- 86 Um einen Erfolg nicht zu gefährden sehen wir eine Beobachtung der AfD durch den
- 87 Verfassungsschutz kritisch. Wir fordern, dass sich der Verfassungsschutz im Falle einer
- 88 Beobachtung zumindest genauso zurückhaltend verhält, wie seinerzeit im zweiten NPD-
- 89 Verbotsverfahren.

weitere Antragsteller*innen

Christian Stettin (Wetterau KV); Dave Kolboom (Steinburg KV); Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Karsten Finke (Bochum KV); Timo Pascal Viehl (Rostock KV); Karl-Heinz Trick (Ortenau KV); Benjamin Harter (Ortenau KV); Sabine Waldecker (Ortenau KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Sylvia Dorn (Ortenau KV); Enrico Wolfgang Schandl (Ortenau KV); Manuela Rettig (Ulm KV); Tim Demisch (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Judith Frauen (Hannover RV); Kai Schwarze (Garmisch-Partenkirchen KV); Esther Heins (Alb-Donau KV); Cornelia Hummel (Ortenau KV); Domenic Preukschas (Ortenau KV); Michael Christ (Ortenau KV); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.